Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Nader & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telephon 26 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 226 | Dresden, Freitag den 26. September 1924 | 35. Jahrg.

Der Block der Käuflichkeit

Der Kuhhandel um die Regierung beginnt. Dem ersten mißlungenen Versuch der Volkspartei, eine Regierungskrise heraufzubeschwören, um mit „allen Mitteln" den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung zu bewerkstelligen und ein unlauteres Versprechen einzulösen, ist jetzt der zweite Versuch gefolgt. Kein Zweifel: die Krise ist da, nachdem der Fraktionsvorstand der Deutschen Volkspartei in einer der Oeffentlichkeit bereits übergebenen Entschließung sich offiziell für den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung ausgesprochen hat und zu diesem Zweck inzwischen bei dem Reichskanzler vorstellig geworden ist. In dieser Entschließung heißt es:

> Die Außenpolitik des Reiches ist durch die Annahme des Londoner Paktes, die Erklärung der Reichsregierung zur genfer Schiedsrichterfrage vom 30. August und den Beschluß des Kabinetts über den Eintritt in den Völkerbund vom 23. September festgelegt: Uebernahme der Verpflichtungen nur gegen Sicherung von Freiheit, Ehre und Existenzmöglichkeiten, Eintritt in den Völkerbund nur nach Garantierung formeller und materieller Gleichberechtigung mit den Hauptmächten sind die Richtlinien. Die Forderung der sofortigen alsbaldigen bedingungslosen Eintritts in den Völkerbund ist vom Kabinett mit Recht ebenso zurückgewiesen worden, wie seinerzeit die bedingungslose Annahme des Dawes-Gutachtens. Damit ist die Fortführung der bisherigen Außenpolitik im Sinne nationaler Realpolitik gesichert.
>
> Nunmehr handelt es sich um die innere Konsolidierung auf gemeinsamer außenpolitischer Grundlage. Wir haben seit langem das Ziel einer Zusammenfassung aller staatsbejahenden und aufbauwilligen Parteien verfolgt und der Notwendigkeit, die wertvollen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kräfte der Deutschnationalen Volkspartei aus außen- und innenpolitischen Gründen zur verantwortlichen Mitarbeit in der Reichsregierung heranzuziehen, in unserer Entschließung vom 28. August erneut Ausdruck verliehen. Wir halten an dieser Entschließung jetzt, nachdem der Reichstag am 20. August mit der erforderlichen verfassungsmäßigen Mehrheit den Londoner Abmachungen zugestimmt hat, wobei die deutschnationale Fraktion die Annahme mit ermöglichte, in die Durchführung der dadurch erforderlichen Maßnahmen Sache aller Parteien und des ganzen Volkes.
>
> Unser Ziel ist nicht die Schaffung eines Bürgerblocks. Das deutsche Volk darf nicht in zwei Teile zerfallen, von denen der eine herrscht, und besitzt und der andre arbeitet und zahlt. Die treibende Idee unsrer Zusammenarbeit war die Herbeiführung der Volksgemeinschaft. Unter Zurückstellung aller Bedenken hatten wir uns deshalb auch im Reiche bereit gefunden, mit der sozialdemokratischen Partei zusammenzuarbeiten. Dieses Zusammenwirken ist durch die Schuld der Sozialdemokratie gescheitert, welche sich den Maßnahmen des Kabinetts Stresemann zur wirtschaftlichen Gesundung des Reiches und zur Wiederherstellung seiner inneren Ordnung widersetzte und damit wirtschaftliche und staatliche Notwendigkeiten der Parteipolitik opferte.
>
> Unser Ziel bleibt die Volksgemeinschaft. Für sie haben wir mit den übrigen Koalitionsparteien stets ohne sichtbare Erfolge gearbeitet. Diese Erfolge müssen durch ruhige und stetige Arbeit fortentwickelt und ausgebaut werden. Sie dürfen nicht infolge einer Reichstagsauflösung, die übrigens keine wesentliche Verschiebung der parlamentarischen Machtverhältnisse bewirken würde, gestört werden. Die Lösung ist nach unsrer festen Ueberzeugung nur durch Einbeziehung von sechs Millionen deutschnationaler Wähler in die Volksgemeinschaft und Sicherung ihrer Mitarbeit möglich.

Die Volkspartei wendet erbärmliche Mittel an, um dem Volke einen elenden politischen Schacher verständlich zu machen. Eine Verlegenheit reibt sich in der Entschließung der Volkspartei an die andre. Es verlohnt nicht, die Unwahrheiten des einzelnen zu widerlegen, aber im Interesse der Wahrheit sehen wir uns doch veranlaßt, zunächst auf den größten Schwindel einzugehen. Ist es nicht eine Lüge, wenn die Volkspartei behauptet, die Linke habe in den letzten Wochen fortgesetzt den „alsbaldigen bedingungslosen Eintritt in den Völkerbund" verlangt? Sowohl Marx wie Stresemann dürften wissen, daß die maßgebenden Führer der Sozialdemokratie als Voraussetzung für den Eintritt in den Völkerbund immer wieder die Beteiligung Deutschlands im Völkerbundrat betrachtet und gefordert haben. Nicht einmal, sondern mehr als ein Dutzend mal ist diese Forderung mit ausführlicher Begründung auch in der sozialdemokratischen Presse vertreten worden. Das weiß die Volkspartei genau so gut wie Herr Stresemann, aber sie lügt um des Geschäftes willen.

Sie lügt zu dem Zweck, die Sozialdemokratie und damit das Gros der deutschen Arbeiterschaft von der Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben in der Zukunft auszuschließen, oder besser gesagt, mundtot zu machen. Die von ihr geforderte „Volksgemeinschaft" ist nichts andres als eine nackte Interessengemeinschaft mit den Deutschnationalen gegen die deutsche Arbeiterschaft, gegen die Sozialdemokratie. Gewiß wird das bestritten! Was würde die Volkspartei auch nicht bestreiten? Als Vorwand zur Gründung einer reaktionären Bürgerblockregierung dient der Austritt der sozialdemokratischen Partei aus der Regierung Stresemann. Er soll erfolgt sein, weil sich die Reichstagsfraktion den „Maßnahmen des Kabinetts Stresemann zur wirtschaftlichen Gesundung des Reiches und zur Wiederherstellung seiner inneren Ordnung widersetzte und damit wirtschaftliche und staatliche Notwendigkeiten der Parteipolitik opferte". Kann es mehr Verlogenheit und innere Widersprüche in zwei Sätzen geben? Wer die Geschichte des Kabinetts Stresemanns kennt, weiß, daß einer der Urheber der damaligen Kabinettskrisen der jetzige Reichsaußenminister ist. Er bildete die große Koalition nicht zu dem Zweck, Deutschland wieder aufzubauen, sondern vor allem in der Absicht, die sozialdemokratische Partei zu spalten. Das hat sein Blatt, die „Zeit", nach der Auflösung der großen Koalition, und mit ihr eine ganze Reihe maßgebender Persönlichkeiten der Volkspartei, in der Abwehr gegen die Deutschnationalen wiederholt offen gestanden. In diesem Sinne hat Stresemann gearbeitet und es waren die schwerindustriellen Hintermänner der Volkspartei, die im Kabinett Stresemann Nr. 1 einen Vorstoß gegen den Achtstundentag unternahmen und damit das ganze Gebilde sprengten. Hoch die Volksgemeinschaft! Und Herr Stresemann verhinderte in seinem zweiten Kabinett die versprochene Erfassung der Sachwerte — hoch die Volksgemeinschaft! Nieder mit der Parteipolitik! Alles fürs Volk — namentlich die Lasten!

Von dem gleichen, allem parteipolitischen Egoismus abholden Edelmute ist die deutschnationale Partei beseelt. Sie hat 50 Prozent ihrer Fraktionsmitglieder abkommandiert, um für sich Ministersessel zu retten. An der einen Seite also ein vorläufiger Verzicht auf die Gesinnung, der Futterkrippe zuliebe — auf der andern Seite das Versprechen, diese Lumperei zu bezahlen. Als aber dieses Versprechen, dieser Verstoß gegen die guten politischen Sitten begangen war, wurde der deutschnationale Verzicht auf die Gesinnung von gestern widerrufen. Mit verstärkter Lungenkraft ging es in den Kampf gegen die „Versklavung", gegen das „zweite Versailles". Die Volkspartei hat dennoch sich an den Pakt gehalten und damit den eigentlichen Anlaß zur Sabotage der Außenpolitik geliefert. Sie hat es getan, weil ihr die Partei mehr wert ist als ein geordneter Wiederaufbau Deutschlands.

Es ist jetzt die Frage, ob insbesondere die Zentrumspartei bereit ist, den Krisenmachern zu folgen und zum Schaden Deutschlands die bisherige Politik verleugnen zu lassen. Die Partei des jetzigen Reichskanzlers muß sich klar darüber sein, daß selbst eine deutschnationale Erklärung, die sich auf den Boden der bisherigen Politik stellt, nur platonischen Wert hat. „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht," heißt es im Volksmunde, und gerade auf die Deutschnationalen ist dieses Sprichwort besonders angebracht. Sie wollen in Gemeinschaft mit der Volkspartei nichts andres als den **Endkampf gegen das Mitbestimmungsrecht der deutschen Arbeiter in öffentlichen Angelegenheiten.** Die geeinte reaktionäre Masse der vergangenen Jahrzehnte soll wiederhergestellt werden. Die politische Arbeitsgemeinschaft des Bürgertums gegen die Arbeiterschaft, der Bürgerblock gegen die vaterlandslosen Gesellen, das sind ihre Ziele der nächsten Zukunft!

Der Sozialdemokratie könnte es, vom parteipolitischen Gesichtspunkte betrachtet, nur angenehm sein, wenn die Krisenmacher einen Erfolg haben und der Kuhhandel zu einem positiven Abschluß gebracht wird. Aber wir wollen nicht, daß unser Volk einem neuen Bankerott unter deutschnationaler Führung entgegengeführt wird, der abermals von der Arbeiterschaft bezahlt werden muß. Der Bürgerblock ist eine Gefahr für das Volk, für die deutsche Republik. Deshalb wird die Sozialdemokratie ihn mit allen Mitteln bekämpfen.

•

Die Demokraten gegen den Bürgerblock

Im Berliner demokratischen Verein Waldeck wandte sich der frühere Abgeordnete Postrat Delius gegen den für die Demokratische Partei unmöglichen Gedanken des Bürgerblocks, den er treffend den Totengräber von Demokratie und Republik nannte. Auch in einer stark besuchten demokratischen Vertreterversammlung der Arbeitsgemeinschaft westfälischer Industriebezirke betonte der Reichstagsabgeordnete Ziegler unter starkem Beifall der Versammlung die Einmütigkeit der demokratischen Reichstagsfraktion in der Ablehnung des Gedankens des Bürgerblocks.

Preßbanditen

Völkischer Rückzug vor dem Amtsgericht

München, 25. September. (Eig. Drahtber.) Als sich kurz vor dem Hitler-Putsch die Zeitungsmeldungen aus Thüringen über die Zusammenziehung irregulärer Truppen an der nordbayerischen Grenze häuften und die amtlichen bayerischen Dementis dagegen nichts mehr fruchten wollten, verbot der „Generalstaatskommissar" v. Kahr kurzerhand den Vorwärts, das Berliner Tageblatt, die Vossische Zeitung und die Frankfurter Zeitung für ganz Bayern. Der Völkische Beobachter begrüßte am Tage vor dem Hitler-Putsch diese Maßnahme mit dem unzweideutigen Zusatz: „Und die Münchner Vertreter der verbotenen Blätter, was geschieht mit diesen jüdischen Preßbanditen?" Die Münchner Vertreter der genannten Zeitungen strengten daraufhin sofort Beleidigungsklage gegen den verantwortlichen Redakteur Stolzing-Cerny an, die vor dem Amtsgericht München heute zur Verhandlung kam. Der Beklagte, vertreten durch Hitlers Rechtsanwalt Rader, gab folgende Erklärung ab, die auf Kosten des Beklagten in der Bayerischen Staatszeitung öffentlich bekanntgegeben wird: „Herr Stolzing-Cerny erklärt: „Die in Nr. 227 des Völkischen Beobachters vom 7. November 1923 an die Mitteilung von dem Verbot norddeutscher Blätter durch den Generalstaatskommissar geknüpfte Bemerkung ist ohne mein Wissen und ohne meinen Willen aufgenommen worden. Ich trage aber als verantwortlicher Schriftleiter des einschlägigen Teiles der Zeitung formell die preßgesetzliche Verantwortung für die Aufnahme. Ich habe mich mittlerweile überzeugt, daß den Herren Schriftstellern Adelt, Dr. Blum, Dr. Groth und Dr. Huldschiner der Vorwurf der Hetze gegen Bayern nicht gemacht werden kann. Ich selbst hätte den Ausdruck „jüdische Preßbanditen" nicht gebraucht und bedauere den Gebrauch des Ausdruckes. Ich übernehme die Kosten des Prozesses."

Dieser Stolzing-Cerny ist langjähriger Mitarbeiter der Deutschen Zeitung und sonstiger völkischer Organe. Die Zurücknahme der Beschimpfung in diesem Falle bedeutet nicht, daß Stolzing-Cerny ähnliche in jedem beliebigen Falle nicht anwenden würde.

Dumm, schändlich und gewissenlos

Die Politik der Kommunisten*

H. F. Die Hilferufe und Aufrufe der „Arbeitergruppe der Kommunistischen Partei Rußlands", die die Dresdner Volkszeitung in den letzten Tagen abdruckte, beweisen wieder einmal, welche Drangsalierungen kommunistische Arbeiter in Rußland von den Moskauer Diktatoren zu erleiden haben. Heute sei hier noch etwas gesagt zu dem Wesen der Kommunistischen Partei in Deutschland. Es handelt sich dabei zwar um Vorgänge, die sich in den letzten Sitzungen des Reichstages ereigneten, aber sie verdienen, daß sie in ihrer verschiedenen Form und Gestalt festgehalten und der Arbeiterschaft immer wieder unter die Augen gerückt werden.

Die „Politik" der K. P. D. konzentriert und erschöpft sich in der radikalen Phrase und Anbetung der rohen Gewalt. Das ist bekannt. In der Versammlungsagitation, wo es außer der strafrechtlichen keine Verantwortung, und für die kommunistischen Redner auch keine ernsthafte Behandlung wichtiger Einzelfragen der Gegenwartspolitik gibt, mag man vor indifferenten und unaufgeklärten Menschen damit zur Not auskommen. Anders liegt es im Parlament. Da zeigt sich die Verworrenheit, Hilflosigkeit und Unwissenheit dieser Linksradikalen immer und immer wieder. Noch nie aber dürfte das so klar und deutlich in die Erscheinung getreten sein wie in den letzten Sitzungen des Reichstags, in denen nach langen Erörterungen die Entscheidung über die Dawes-Gesetze zu treffen war. Da zeigte sich nicht nur in materieller, sondern auch in ideologischer Hinsicht eine geradezu verblüffende und vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus entsetzliche Annäherung der Kommunisten an Deutschnationale und Völkische. So ergötzlich für die Rechtsreaktionäre, daß ihre Redner sich wiederholt auf die Argumente der Kommunisten berufen und sich mit ihnen einverstanden erklären konnten! Ein wüstes Trauerspiel jedoch für die Arbeiter und Besitzlosen, deren Interessen in starkem Maße von rechts und links verraten und verkauft wurden! In einen solchen Abgrund werden die Kommunisten durch die Taktik geführt, die davon ausgeht, daß alles, was die Sozialdemokratie will, schlecht ist und bekämpft werden muß um jeden Preis. Wenn wir z. B. sagen, daß die Mittel, die das Reich zur Durchführung der Gesetze braucht, hauptsächlich und in erster Linie von den Besitzenden durch entsprechende Belastung aufgebracht werden müssen, so tritt Herr Koenen auf den Plan, um zu erklären, daß das falsch sei, denn die Steuern würden ja doch auf die breiten Massen abgewälzt, usw. Aehnlich der Abg. Katz, so daß mit großem Behagen nach diesen der volksparteiliche Abg. Dr. Becker, ein rücksichtsloser Vertreter kapitalistischer Interessen, hintreten und erklären kann, er werde sich gegebenenfalls auf diese kommunistische Beweisführung berufen! Und die Kommunisten finden kein Wort der Entgegnung gegenüber solchen Absichten! Sie sind betreten, verlegen, hilflos — die Gefangenen ihrer unsinnigen, hirnverbrannten Taktik.

Das gleiche Schauspiel wiederholt sich, als der kommunistische Abg. Dr. Rosenberg, Privatdozent in Berlin, in durchaus deutschvölkischen Gedankengängen über das Dawes-Gutachten und die Londoner Verhandlungen spricht. Stärkster, wiederholter Beifall bei den Völkischen und Deutschnationalen! Der deutschnationale Reinsager Dr. Quaatz ist dann in der Lage, Zustimmung zu wesentlichen Ausführungen der kommunistischen Rede zu äußern. Er findet dabei lebhafte Unterstützung Hölleins, der sich unmittelbar zu Quaatz an das Rednerpult gestellt hat. Und Deutschnationale bekunden weiter ihre große Freude darüber, daß sich die Kommunisten „so brav mit den Sozialdemokraten geschlagen" haben! Als aber die Kommunisten von den sozialdemokratischen Rednern zu einer sachlichen Stellungnahme gezwungen werden, da weiß neben rüden Beschimpfungen Frau Gohlke-Ruth Fischer in allergrößter Verlegenheit nichts andres vorzubringen als den Vorschlag, ein Bündnis mit Rußland zu schließen. Das ist alles! Mit diesem Vorschlag sollte also die Regierung die Londoner Vereinbarungen beantworten. Natürlich kann kein mit Vernunft ausgestatteter Mensch so etwas ernst nehmen, eingeschlossen die Kommunisten selbst! Die bodenlose Unwahrhaftigkeit und Fahrigkeit des Gebarens der Kommunisten zeigt sich besonders in diesem Falle. Denn eine ihrer Prominentesten, Klara Zetkin, war es, die am 2. März 1923 im Reichstage zugab, daß

> „beim gegenwärtigen Stand der Dinge die Erfüllungspolitik unvermeidlich geworden" sei, und „der Kampf um die Verteilung der Lasten muß natürlich geführt werden . . . .
>
> Angesichts der Schwäche der Republik gibt es allerdings zunächst nur ein Mittel: die Erfüllungspolitik, um den französischen Imperialismus aus dem Lande zu treiben!".

So die kommunistische Abgeordnete Frau Zetkin, die allerdings jetzt „fern von Madrid" in Moskau weilt. Obwohl sich an den Verhältnissen inzwischen nichts geändert hat, nimmt heute die kommunistische Fraktion des Reichstags den gerade entgegengesetzten Standpunkt ein.

Noch ein andrer Vorgang ist äußerst kennzeichnend. Die Kommunisten haben in den letzten Sitzungen des Reichstags einen großen Lärm um die Amnestie gemacht. Der Lärm war die Hauptaktion dabei, in der Sache selbst aber

*) Vergl. auch unseren Artikel: Kommunistisch-völkische Seelengemeinschaft" in Nr. 221 vom 20. September

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19240926/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG